

„Das weibliche Element“

Der Blick der Berliner Tagespresse auf die ersten

Parlamentarierinnen

Juliane Verena Sprick

Humboldt-Universität zu Berlin, <https://doi.org/10.18452/21960>

Diese Arbeit wurde ursprünglich im Rahmen eines Masterstudiums als Seminararbeit im Masterseminar „Konflikt und Konsens in der Weimarer Republik“ eingereicht.

Inhalt

Einleitung	86
1. Das Frauenwahlrecht und die ersten Parlamentarierinnen	89
2. Die Berliner Tagespresse	91
3. Analyse der Berichterstattung	94
3.1. Der Beginn der Nationalversammlung	95
3.2. „Zwischenfall Agnes“	97
3.3. Die erste Rede – eine Frau spricht vor der Nationalversammlung	99
3.4. Louise Zietz und das Eiserne Kreuz	104
3.5. Gertrud Bäumer – ein „Gegensatz zu ihren beiden Vorrednerinnen“	107
4. Schluss	109
Quellen- und Literaturverzeichnis	112

Einleitung

Mit Beginn der Weimarer Republik konnten die Frauen in Deutschland erstmals die Gesetzgebung im deutschen Parlament aktiv mitbestimmen. In die verfassunggebende Nationalversammlung zogen 39 Frauen ein. Alle Fraktionen hatten nun weibliche Mitglieder. Doch wie reagierten die Zeitgenoss*innen auf diese Neuerung? Gab es einen gesellschaftlichen Konsens über die politische Gleichberechtigung?

Ein Blick in die Tagespresse kann ein erster Annäherungsversuch an die gesellschaftliche Haltung der Deutschen zum Anfang der ersten deutschen Republik 1919 sein. Zwar können Medien niemals das in der Öffentlichkeit existierende Meinungsspektrum in seiner Gänze abbilden – weder damals noch heute. Dennoch haben sie je nach Verbreitungsgrad eine prägende Wirkung auf die öffentliche Meinung. Tageszeitungen erreichten im frühen 20. Jahrhundert eine enorme Leser*innenschaft und gerade diejenigen, die sich nicht selbst politisch engagierten, erfuhren hier von politischen Ereignissen und Entwicklungen.¹ Somit stellt sich die Frage: Welchen Eindruck vermittelte die Presse ihren Leser*innen von der Arbeit der Parlamentarierinnen? Was erfuhr man über die weiblichen Abgeordneten, wenn man zur Zeit der Nationalversammlung die Zeitung las? Wurde über sie gleichwertig wie über die männlichen Abgeordneten berichtet? Wurde ihr Geschlecht im Zusammenhang mit ihrer Arbeit gesondert betont? Oder wurden sie von den aus Berlin ausgesandten Korrespondent*innen gar nicht erwähnt?

Der Fokus der Analyse liegt auf den allerersten Wochen der Parlamentsarbeit im Februar 1919. Neben der Eröffnungssitzung am 6. Februar fällt der Blick auf die Berichterstattung der ersten Reden weiblicher Abgeordneter. Erst in der 11. Sitzung, am 19. Februar, sprach mit Marie Juchacz (1879–1956) von den Mehrheits-Sozialdemokraten erstmals eine Frau in der Nationalversammlung. Ihr folgten dann direkt Louise Zietz (1865–1922) von den Unabhängigen Sozialdemokraten in der 12. Sitzung und Gertrud Bäumer (1873–1954) von der Deutschen Demokratischen Partei in der 13. Sitzung. Auch die darüber hinaus erfolgenden medialen Reaktionen, wie auf den Antrag der Frauen, eingereicht von Lore Agnes (1876–1953) (USPD), und auf Louise Zietz' Zwischenrufe, werden mit einbezogen.

Als Basis dieser Analyse soll die Berliner Tagespresse von Februar 1919, also den ersten Sitzungswochen der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar, dienen. Trotz ausgelagerter Nationalversammlung war Berlin sowohl formal die Hauptstadt als auch das politische und mediale Zentrum der Republik.

Um einen Einblick in den breiten Fächer unterschiedlicher politischer Haltungen zu bekommen, wurden offizielle Parteiorgane, parteinahe Tageszeitungen sowie allgemeinere *Generalanzeiger* untersucht. Dabei konnte größtenteils auf den Archivbestand der Staatsbibliothek zu Berlin - Preussischer Kulturbesitz zurückgegriffen werden. Der *Vorwärts*, 1919 offizielles Parteiorgan der MSPD, konnte über die *Friedrich-Ebert-Stiftung* eingesehen werden, die *Berliner Illustrierte Zeitung* über das Portal *Argonnote* der Universität Paris-Nanterre. Leider ist der Quellenbestand für die untersuchten Wochen einiger Zeitungen aufgrund fehlender Ausgaben oder aus urheberrechtlichen Gründen, wie bei vereinzelt Seiten der Ausgaben des *Vorwärts*, nicht vollständig vorhanden.

1 Vgl. Bernhard Fulda, *Press and politics in the Weimar Republic*, Oxford 2009, S. 3.

Die bisherige Forschungsliteratur zur parlamentarischen Arbeit der weiblichen Abgeordneten der Weimarer Republik beschäftigt sich nur am Rande mit der gesellschaftlichen Rezeption der Politikerinnen – sie geht selten über die Türschwelle der Parlamentssäle oder die internen Diskussionen der Frauenbewegung hinaus. So verbleibt beispielsweise auch Christiane Streubel (*Radikale Nationalistinnen*) mit ihrer Analyse der publizistischen Tätigkeit der Frauen im national-konservativem Spektrum, vorrangig im Kosmos der von Frauen für Frauen geschriebenen Texte. Bei Julia Sneeringers Monographie (*Winning women's votes*) kreuzen sich die Pfade der breiten Massenmedien und der Politik, auch wenn hier zugunsten des Themas natürlich vor allem der Wahlkampf und das Verhalten der Wählerinnen fokussiert werden. Eine ausführliche Analyse, die zumindest in Teilen über die Politik-interne Wahrnehmung hinausgeht, bietet das Werk von Heide-Marie Lauterer (*Parlamentarierinnen in Deutschland*). In Teilen beschäftigt sich auch Thomas Mergel (*Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik*) mit der Wirkung der Anwesenheit weiblicher Abgeordneter im Parlamentsbetrieb, vor allem mit Blick auf die Reaktionen der männlichen Abgeordneten, aber auch auf die Presse. Es ist daher sehr erstaunlich, dass die ersten Reden der weiblichen Abgeordneten nur indirekt mit Verweisen auf private Tagebücher der Politikerinnen und einem kurzen, scheinbar zufälligen Zitat aus der ersten Rede Gertrud Bäumers thematisiert werden.² Marie Juchacz wird bei Mergel nicht erwähnt. Dafür wird sie allerdings in vielen Artikeln, in denen das Frauenwahlrecht besprochen wird, gerne als Beispiel herangezogen, wie etwa bei Gisela Bock (*100 Jahre Frauenwahlrecht*) oder Kirsten Heinsohn (*Parteien und Politik in Deutschland*). Eine sehr detaillierte Zusammenstellung der politischen und rechtlichen Entwicklung des Frauenwahlrechts über die erste Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung hinaus, bietet zudem die Juristin Ute Rosenbusch (*Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*).

Für die Einordnung der Zeitungen mit Blick auf die Mediengeschichte in der Analyse wurden unter anderem Bernhard Fuldas Monographie *Press and politics in the Weimar Republic* und das Grundlagenwerk Kurt Koszyks zur Pressegeschichte (*Deutsche Presse 1914–1945*) hinzugezogen.

Im Folgenden werden nun zunächst die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 als Grundlage für den Einzug der Frauen ins Parlament und der Status und gesellschaftliche Einfluss der Presse am Beispiel Berlins vorgestellt. Danach folgt eine Untersuchung der Berichterstattung zu einzelnen Ereignissen, etwa den erwähnten Parlamentsreden. Mit gleichzeitiger Berücksichtigung der Sitzungs- und Redeprotokolle des Parlaments (*Reichstagsprotokolle*) wird so der Blick der Presse auf die ersten deutschen Parlamentarierinnen verdeutlicht. Das Ergebnis dieser Analyse soll auf diese Weise zumindest ein Stück weit Rückschlüsse darauf ermöglichen, wie die Bevölkerung die Politikerinnen wahrgenommen hat.

2 Vgl. Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, 3. überarbeitete Auflage, Düsseldorf 2012 [2002], S. 44.

1. Das Frauenwahlrecht und die ersten Parlamentarierinnen

Mit dem Reichswahlgesetz für die verfassunggebende Nationalversammlung vom 30. November 1918, verabschiedet durch den Rat der Volksbeauftragten, durften Frauen in Deutschland wählen. Sie konnten erstmals aktiv bei einer Wahl ihre Stimme abgeben und bekamen ebenso das passive Wahlrecht. Sie konnten sich also selbst auch als Kandidatinnen aufstellen lassen und gewählt werden. Für dieses Recht hatten sich Frauen in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts ausdauernd engagiert. Noch in den letzten Tagen des Kaiserreichs, zum Ende des Ersten Weltkriegs, hatten fast alle deutschen Frauenverbände, außer den Frauen der USPD, maßgeblich vertreten von Louise Zietz, gemeinsam eine Erklärung an Reichskanzler Max von Baden unterschrieben, in der sie das Frauenwahlrecht forderten.³ Doch Umsetzung fand es erst in einer Maßnahme des Rats der Volksbeauftragten, einer sechsköpfigen Übergangsregierung, bestehend aus Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten, die nach der Ausrufung der Republik am 9. November eingesetzt wurde.

Oft wird die Einführung des Frauenwahlrechts als logische Konsequenz des Ersten Weltkriegs gesehen, in welchem die Frauen erstmals in vielen Bereichen der Berufswelt spontan Verantwortung übernahmen, die zuvor ausschließlich bei Männern lag. Aber auch die angespannte Lage während der Novemberrevolution 1918 wird häufig als Erklärung angeführt, warum das Frauenwahlrecht letztlich eingeführt wurde. Denn zusammen mit den Frauen durften nun auch Männer bereits mit 20 statt wie bisher mit 25 Jahren wählen, ebenso Soldaten, die zuvor vom Wahlrecht ausgeschlossen waren: „Schnelle Erfolge mußten her, um die Volksstimmung zu beruhigen“⁴, ordnet Ute Rosenbusch das plötzliche Engagement des Rats für die Erweiterung des Wahlrechts während der deutschlandweiten Revolutionsunruhen ein.⁵

Dennoch kann der vorangegangene Weltkrieg „allenfalls als (teilweise) beschleunigender Katalysator eines längerfristigen Prozesses“⁶ gesehen werden, so Gisela Bock. Die Novemberrevolution hingegen sei durchaus eine Situation gewesen, in der der Rat unter Zugzwang stand, führt Heide-Marie Lauterer an. Somit könne sie, wenn auch nicht als Ursache, als Auslöser für die schlussendliche Verabschiedung des Frauenwahlrechts angesehen werden. Ohne den vorherigen jahrzehntelangen Einsatz, vor allem der sozialdemokratischen Frauenverbände, wäre es wohl trotzdem nicht dazu gekommen.⁷ Zumal selbst im November 1918 die meisten Parteien deutlich

3 Vgl. Ute Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*, Baden-Baden 1998, S. 430.

4 Ebd., S. 450.

5 Vgl. ebd.; Gisela Bock, 100 Jahre Frauenwahlrecht. Deutschland in transnationaler Perspektive, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 66 (2018), S. 395–412, S. 396.

6 Bock, 100 Jahre Frauenwahlrecht, S. 396.

7 Vgl. Heide-Marie Lauterer, *Parlamentarierinnen in Deutschland. 1918/19–1945*, Königstein im Taunus 2002, S. 60.

mit der Idee einer Mitbestimmung von Frauen in der Politik haderten, obwohl es Frauen seit 1908 nicht mehr verboten war, politischen Vereinen beizutreten und sich dort zu engagieren. Der Umstand, sich im Wahlkampf zur Nationalversammlung nun auch um die Gunst der weiblichen Wählerschaft zu bemühen, war insbesondere für die konservativen Parteien eine Kehrtwende ihrer bisherigen Haltung.⁸

Und so zogen am 6. Februar 1919 37 Parlamentarierinnen⁹ in die Nationalversammlung ein. Insgesamt bestand das Parlament aus 423 Abgeordneten. Die Wahlbeteiligung am 19. Januar 1919 lag bei insgesamt 82 bis 83 Prozent¹⁰; von den etwa 17,5 Millionen wahlberechtigten Frauen waren ebenfalls zwischen 82 bis 83 Prozent zur Wahl gegangen.¹¹ Doch wie kam es, dass der Anteil der weiblichen Abgeordneten nur bei 8,7 Prozent lag?¹² Unter 1618 Kandidat*innen hatten sich auch 308 Frauen aufstellen lassen. Auf den Wahlplakaten und mit speziellen Wahlkampfveranstaltungen von bereits politisch engagierten Frauen für potentielle Wählerinnen warben die Parteien um die weiblichen Stimmen. Ebenso sorgten sie dafür, dass auf den Wahllisten Frauen kandidierten, mit der Idee, dass diese von den Wählerinnen bevorzugt würden. Abgesehen von der USPD, deren Kandidatinnen in fünf der 37 Wahlkreise die Liste anführten, kamen sie bei den anderen Parteien jedoch nur selten über den dritten Listenplatz hinaus. Mit dem Verhältniswahlrecht war es also für die weiter hinten positionierten Kandidatinnen nur möglich gewählt zu werden, wenn die Parteien ausreichend Prozentpunkte sammelten, um damit mehrere Sitze pro Wahlkreis besetzen zu können. Viele der kandidierenden Frauen waren damit chancenlos.¹³

Diejenigen, die angesichts dieser widrigen Umstände dennoch gewählt worden waren, hatten sich bereits einige Jahrzehnte lang für das Recht der politischen Mitsprache eingesetzt. Das heißt, sie hatten wie etwa Marie Juchacz, Else Höfs (beide MSPD) oder Marie Schmitz (Zentrum) mit dafür gekämpft, dass das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Und sie hatten in den Frauenvereinen und -verbänden Erfahrung gesammelt oder sich in sozialen Organisationen beziehungsweise auch in Gewerkschaften eingebracht.¹⁴ Unter den weiblichen Abgeordneten der bürgerlichen und nationalistischen Parteien gab es zudem viele ausgebildete Lehrerinnen und Akademikerinnen, die zum Teil sogar promoviert waren, wie beispielsweise Gertrud Bäumer (DDP). Die insgesamt

8 Vgl. Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht*, S. 450–452.

9 Noch kurz vor der ersten Sitzung der Nationalversammlung rückte Gertrud Lodahl für einen männlichen Abgeordneten nach, der sein Mandat zurückgab: vgl. Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht*, S. 478 (hier wird Lodahl fälschlicherweise mit dem Vornamen „Wilhelmine“ ausgewiesen).

10 Vgl. Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht*, S. 473.

11 Vgl. ebd., S. 473f.

12 Es war damit dennoch global betrachtet der höchste Prozentsatz weiblicher Abgeordneter im Parlament zu der Zeit. Vgl. Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 44.

13 Vgl. Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 66f.

14 Vgl. Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 44.

22 Parlamentarierinnen der MSPD und USPD verfügten über weniger höhere Bildungs- oder Berufsabschlüsse: „[...] doch sie hatten ihre Allgemeinbildung innerhalb der sozialdemokratischen Frauenvereine entscheidend erweitert.“¹⁵

Nach dieser spontanen und vielleicht etwas holprigen Premiere der gleichgestellten Einbeziehung von Männern und Frauen in die Parlamentswahl schien die politische Gleichberechtigung in Deutschland, auch aus der Sicht vieler Politikerinnen, abgeschlossen.¹⁶ Denn natürlich hatte sich dadurch einiges rapide verändert, wie Kirsten Heinsohn beschreibt:

Die Zulassung von Frauen zum Wahlrecht eröffnete neue Handlungsräume für Frauen. Diese neuen politischen Optionen wurden insbesondere von den Vertreterinnen der Frauenbewegung willkommen geheißen und ermöglichten ihnen zugleich, in neuen Positionen für ihre Anliegen zu werben.¹⁷

Und in der Debatte um die neue Verfassung, die im August 1919 verabschiedet wurde, wanderte das Frauenwahlrecht weitgehend ohne nennenswerten Widerstand als Selbstverständlichkeit durch die Lesungen.¹⁸

Doch im Laufe der 1920er Jahre machte sich unter den Politikerinnen, die sich ihrer neu erworbenen Gleichberechtigung sicher waren, Enttäuschung breit. Insbesondere außerhalb der typischen Frauenthemen, die vor allem den Bereich Bildung und Soziales betrafen, hatten ihre Bemühungen nur wenig Einfluss auf die tatsächlichen Beschlüsse im Parlament.¹⁹ Zudem sank die Anzahl der Parlamentarierinnen im Laufe der Weimarer Republik bis auf 4,1 Prozent 1933.²⁰

2. Die Berliner Tagespresse

Wer sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts über aktuelle politische Ereignisse – etwa über die Vorgänge im Parlament – informieren wollte, griff zur Tageszeitung. Die Auswahl war groß, denn so gut wie jede politische Gruppierung hatte entweder ein eigenes Parteiorgan oder es gab eine ihr nahestehende Zeitung zu kaufen – im Abonnement oder am Straßenkiosk. Zusätzlich gab es

15 Lauterer, Parlamentarierinnen, S. 32.

16 Vgl. bspw. Nationalversammlung, 11. Sitzung, 19.02.1919 (Marie Juchacz sagt in ihrer Rede: „Ich möchte hier sagen, daß die Frauenfrage, so wie es jetzt ist in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht.“).

17 Kirsten Heinsohn, Parteien und Politik in Deutschland. Ein Vorschlag zur historischen Periodisierung aus geschlechterhistorischer Sicht, in: Gabriele Metzler u. a. (Hrsg.), Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik, Bonn 2016, S. 279–298, S. 280.

18 Vgl. Bock, 100 Jahre Frauenwahlrecht, S. 405.

19 Vgl. Heinsohn, Parteien und Politik, S. 290f.

20 Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 105.

außerdem die sogenannten *Generalanzeiger*, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert vor allem von den großen Verlagshäusern auf den Markt gebracht worden waren. Sie waren weniger politisch fokussiert, wollten unabhängig berichten und finanzierten sich hauptsächlich über Werbe- und Kleinanzeigen. Damit sprachen sie erfolgreich ein breiteres Publikum an. Dennoch ordneten sich die Journalist*innen in ihren Artikeln dem vorgegebenen Neutralitätsanspruch der Herausgeber selten unter.²¹ Die „Idee der Presse als einer die anderen Gewalten kontrollierenden, Vierten Gewalt“²², wie sie zu der Zeit bereits in den USA verbreitet war, setzte sich in Deutschland erst ein paar Jahrzehnte später durch. Wer sich also vollumfänglich informieren wollte, war gezwungen, regelmäßig einen ganzen Kanon verschiedener Titel zu lesen.²³

Gleichzeitig wurden die Leser*innen selten darüber in Kenntnis gesetzt, wer die einzelnen Artikel verfasst hatte. Es war nicht üblich, regelmäßig den Namen des Artikelautors oder der Artikelautorin zu nennen, meist geschah dies nur bei längeren Texten. Oft gab es Kürzel, die allerdings nicht aufgelöst wurden. Es ist daher auch rückblickend nicht erkennbar, ob ein Artikel von einem Mann oder einer Frau geschrieben wurde. Christiane Streubel weist in ihrer Analyse der rechtskonservativen Frauen der Deutschnationalen Volkspartei zwar auf die Mitarbeit weiblicher Autorinnen in den Zeitungen in der Weimarer Zeit hin. Bis auf wenige Ausnahmen beschränkt sich diese allerdings auf spezielle, an Frauen gerichtete Sonderbeilagen, wie etwa ab 1918 in der *Deutschen Zeitung*.²⁴ Stattdessen etablierte sich auf dem Printmarkt ein eigenes Genre mit diversen Titeln, die sich von vorneherein an das weibliche Publikum richteten. Am weitesten verbreitet war die Zeitschrift *Die Frau*, die bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erschien und ab 1899 gemeinsam von Helene Lange und der Abgeordneten der Nationalversammlung Gertrud Bäumer, DDP, herausgegeben wurde.²⁵ Insbesondere konservative Journalistinnen erhofften sich von diesen speziell an Frauen gerichteten Publikationen, mit denen sie eine neue „Teilöffentlichkeit“²⁶ fokussierten, eine Stärkung ihres politischen und gesellschaftlichen Einflusses.

Inhaltlich hatten die Zeitungen 1919 weitgehend freie Hand. Bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung im August galt das im Deutschen Kaiserreich 1874 geschaffene Presserecht, welches

21 Vgl. Fulda, *Press and politics*, S. 29; Rudolf Stöber, *Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. überarbeitete Auflage, Konstanz/München 2014, S. 171.

22 Jörg Requate, *Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmer – Hearst, Northcliff, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 79–95, S. 84.

23 Vgl. Fulda, *Press and politics*, S. 24.

24 Vgl. Christiane Streubel, *Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2006, S. 69, 199f.

25 Vgl. ebd., S. 166.

26 Christiane Streubel, *Antidemokratische Konzepte politischer Teilhabe. Journalistinnen in der radikalnationalistischen Öffentlichkeit der Weimarer Republik*, in: Christine Hikel u. a. (Hrsg.), *Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert*, München 2009, S. 41–51, hier S. 41.

zumindest erstmals eine Art Pressefreiheit garantiert hatte. Es hatte den Verlegern ermöglicht ohne Einschränkungen zu drucken. In den Jahren des Ersten Weltkriegs wurde die Arbeit der Presse jedoch zwischenzeitlich sehr eingeschränkt.²⁷ Nicht nur das Presserecht, die Zeitungen selbst waren ebenso ein Kontinuum der Kaiserzeit. Es gab zwar Neugründungen, aber die meisten Zeitungstitel, auch die, die im Folgenden analysiert werden, gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Manche von ihnen passten sich den neuen Gegebenheiten allerdings an, wie etwa die *Neue Preussische Kreuz-Zeitung*: „[Sie] entfernte am 12. November 1918 aus ihrem Kopf das Motto: ‚Vorwärts mit Gott für König und Vaterland‘. Am 15. Dezember erschien statt dessen[sic!]: ‚Gott mit uns.‘“²⁸

Generell war die Verbreitung auch größerer, erfolgreicher Zeitungstitel regional beschränkt. In Berlin, der Hauptstadt der Weimarer Republik, war die Auswahl besonders vielfältig. Auch während des kurzen Intermezzos mit der Nationalversammlung in Weimar war Berlin das politische Zentrum der Republik und die dortigen Zeitungen dem Politikbetrieb am nächsten.²⁹ Von Parteiorganen wie dem *Vorwärts* der MSPD über die mit der linksliberalen DDP sympathisierende *Vossische Zeitung* bis hin zur plakativen, weniger politischen *B.Z. am Mittag*, der ersten deutschen Boulevardzeitung aus dem Ullstein-Verlag, konnten die Leser*innen auswählen. Die meisten der Berliner Zeitungen wurden von den drei großen Verlagshäusern Mosse, Ullstein und Scherl vertrieben. Letzteres ging inklusive einem der auflagenstärksten Titel, dem *Berliner Lokal-Anzeiger*, 1916 in die Hand Alfred Hugenburgs über. Hugenberg war Parteimitglied und später Vorsitzender der DNVP.³⁰ Es sei jedoch an dieser Stelle angemerkt, dass es für die Jahre der Weimarer Republik keine verlässlichen Nachweise über die Auflagenstärke und tatsächliche Verbreitung der Zeitungen gibt.³¹

Die typische Tageszeitung erschien 1919 zweimal am Tag. Es gab je eine Morgenausgabe, die über den Vortag und die anstehenden Ereignisse des Tages berichtete und zum Feierabend je eine Abendausgabe. Bis zur Etablierung des Radios als Massenmedium Anfang der 1930er Jahre stieg die Anzahl der Ausgaben pro Tag weiter an. Denn Zeitungen waren, abgesehen von Flugblättern, Gesprächen auf der Straße oder beim Stammtisch, die Hauptquelle für Neuigkeiten, auch abseits des Politischen. Zeitunglesen war ein beliebter Zeitvertreib in der Weimarer Zeit.³²

Die Zeitung selbst bestand durchschnittlich aus zwei bis vier Papierbögen und kam somit auf vier

27 Vgl. Koszyk, *Deutsche Presse 1914–1945*, S. 337.

28 Ebd., S. 30.

29 Vgl. Streubel, *Radikale*, S. 68.

30 Vgl. Fulda, *Press and politics*, S. 14.

31 Vgl. ebd. S. 21f.; Stöber, *Pressegeschichte*, S. 157 (Fulda merkt zudem an, dass viele Informationen über den Vertrieb der Berliner Zeitungen mit den Zerstörungen der Stadt Berlin während des Zweiten Weltkriegs verloren gingen (vgl. ebd. S. 6)).

32 Vgl. ebd., S. 3.

bis acht Seiten pro Ausgabe plus eventuelle Beilagen, wie beispielsweise Handelsnachrichten mit Börsenkursen oder Kleinanzeigen, wie vor allem bei den *Generalanzeigern* üblich. Die einzelnen Artikel waren eng und auffällig platzsparend gesetzt, einfarbig und in Frakturschrift gedruckt. Bilder waren außerhalb der tatsächlichen Illustrierten, wie der *Berliner Illustrierten Zeitung*, die aber auch nur einmal pro Woche erschien, unüblich. Es lässt sich nur vermuten inwieweit die Seitenanzahl der Ausgaben von der finanziellen Lage der Herausgeber abhängig war. Kurt Koszyk verweist allerdings auf eine Papierzuteilung von öffentlicher Stelle für das Jahr 1919, sowie auf einen Papiermangel, der die Anzahl der Seiten diverser Titel wohl zumindest zeitweise erheblich beschränkte.³³

Der Papiermangel hielt die Zeitungen aber nicht davon ab, auch ausführlich über die aus Berlin nach Weimar verlegte Nationalversammlung berichten zu wollen. Die Herausforderung bestand vielmehr in der Distanz der beiden Städte. Um die Berichterstattung zu gewährleisten, schickten sie dementsprechend Korrespondenten, die ihnen die Berichte per Drahtmeldung, also telegraphiert, zukommen ließen. So konnten sie ungeachtet der Ferne oft schon am selben Abend über die Sitzungen in Weimar berichten. Die Berichte über die nachmittäglichen Sitzungen erschienen in der Regel allerdings trotzdem erst in den Morgenausgaben des Folgetages. Erleichtert wurde der Austausch durch die Einführung einer Sonderzugstrecke zwischen Weimar und Berlin und der ersten Fluglinie ebenfalls zwischen diesen beiden Städten. Diese hatte jedoch hauptsächlich die Aufgabe, die frischgedruckte Berliner Presse zu den Politiker*innen nach Weimar zu bringen, damit diese auch lesen konnten, was über sie berichtet wurde.³⁴

3. Analyse der Berichterstattung

Mit dem 6. Februar 1919 startete der Weimarer Parlamentsbetrieb und so hatten die Zeitungen ihre Korrespondent*innen ebenfalls in die thüringische Stadt geschickt. Die Entscheidung für Weimar als Ort der Nationalversammlung hatte Friedrich Ebert als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten getroffen: „aus dem nüchternen Grund, daß Weimar militärisch am besten zu schützen war und mit dem Nationaltheater einen guten Sitzungsort bot.“³⁵

Die weiblichen Abgeordneten tauchten am Rande das erste Mal in der Berichterstattung über die Eröffnungssitzung auf. Ausführlicher setzten sich die Journalist*innen allerdings mit den Frauen im Parlament beginnend mit deren ersten Reden ab der 11. Sitzung auseinander. In diesen Tagen konkurrierte die Nationalversammlung mit Eilmeldungen und ausführlichen Son-

33 Vgl. Koszyk, *Deutsche Presse 1914–1945*, S. 35.

34 Vgl. Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 26, 71.

35 Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 41.

derberichten über Attentate auf den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau und den Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Kurt Eisner (USPD) um den Platz in der Zeitung.³⁶ Doch nicht alle Zeitungen, die für diese Arbeit in die Recherche einbezogen wurden, fokussierten Weimar überhaupt in ihren Meldungen. Im Parteiorgan der Kommunistischen Partei *Roten Fahne* wurde nur sehr knapp „Vom Zirkus in Weimar“³⁷ berichtet, sodass die Parlamentarierinnen hier gar keine Rolle spielen. Die *B.Z. am Mittag* berichtete nach der zeremoniellen Eröffnungsfeier, zumindest im Monat Februar, gar nicht über die Parlamentssitzungen.

3.1. Der Beginn der Nationalversammlung

Zur Eröffnungssitzung waren die Meldungen in der Berliner Tagespresse über die neuen weiblichen Abgeordneten sehr unterschiedlich: Während die *Vossische Zeitung* und der *Vorwärts* darauf verwiesen, dass das Schicksal Deutschlands und die Verantwortung nun in die Hände von Männer und Frauen gelegt worden seien³⁸, hob die *Germania* hervor, was es zu bedeuten habe, dass nicht nur Männer in das Parlament eingezogen seien. In dem Artikel über die Eröffnung im Theatersaal heißt es, dass „[d]ie weiblichen Abgeordneten [...] durch ihre Anwesenheit bewiesen, daß die deutsche Frau aufgehört hat, nur ein Objekt der Gesetzgebung zu sein.“³⁹ In einem Bericht des *Berliner Lokal-Anzeigers* wurde hingegen aufgrund der Wortwahl der Eindruck erweckt, es handele sich weiterhin, wie im Kaiserreich zuvor, um ein rein männliches Parlament. Im Bericht wurde explizit nur auf die „Männer“⁴⁰ der Nationalversammlung verwiesen.

Wie in dem bereits zitierten Auszug aus der *Germania* wurden die weiblichen Abgeordneten im Zusammenhang mit der Eröffnungssitzung oft als eine homogene, aber vor allem für den Außenbetrachter und die Außenbetrachterin als von den männlichen Abgeordneten zu unterscheidende, geschlossene Gruppe dargestellt. Sie blieben ohne Gesicht und unbenannt, während einige der bereits bekannteren unter den männlichen Abgeordneten, wie Friedrich Ebert (MSPD), Matthias Erzberger (Zentrum) oder Gustav Stresemann (DDP), den Leser*innen auch durch ihre vorherige Arbeit im Reichstag ein Begriff waren. Die Köpfe der Frauenbewegung schienen trotz der

36 Vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 79, Abendausgabe vom 19.02.1919, S. 1 („Attentat gegen Clemenceau“); Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 90, Abendausgabe vom 21.02.1919, S. 1 („Ministerpräsident Eisner ermordet“).

37 Vgl. Rote Fahne Nr. 23, Ausgabe vom 09.02.1919, S. 1.

38 Vgl. Vossische Zeitung Nr. 69, Morgenausgabe vom 07.02.1919, S. 3 („Unendliches hängt davon ab, daß alle diese Männer und Frauen sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt sind; [...]“); Vorwärts Nr. 66, Abendausgabe vom 05.02.1919, S. 2 („In dieser Not hat es sein Schicksal in die Hände der Männer und Frauen gelegt, die sich morgen in Weimar zum erstenmal versammeln.“).

39 Germania Nr. 61, Morgenausgabe vom 07.02.1919, S.1.

40 Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 54, Morgenausgabe vom 06.02.1919, S. 1 („Mögen sich die Männer, denen das deutsche Volk die Lösung dieser Aufgaben übertragen hat [...]“).

umfangreichen Wahlkampfmaßnahmen vor der Wahl im Januar zumindest den Redakteur*innen keiner persönlichen Vorstellung wert. Im Gegenteil: Sie wirkten auf den Betrachter oder die Betrachterin eher überraschend unscheinbar. Die Suche nach dem „weiblichen Element“ lässt darauf schließen, dass der Autor oder die Autorin etwas anderes erwartet hatte:

[...] aber man kann nicht behaupten, daß das weibliche Element irgendwo in dieser Versammlung auffiele. Unter den vielen Männern verschwinden die wenigen Frauen beinahe ganz, umso mehr, als die meisten, wie ihre männlichen Kollegen sich in ein schwarzes Gewand gekleidet haben.⁴¹

Die *Vossische Zeitung* überspitzte diese Darstellung der gesichtslosen Gruppe, indem sie sogar zunächst drei Ehefrauen der Abgeordneten, die im Zuschauerrang saßen, mit Namen benannte und danach über die weiblichen Abgeordneten lediglich notierte: „Besonders pünktlich waren die Frauen erschienen, geschäftig, die Würde zu üben, die meisten in schwarz, einige auch in einfachen, hellen Blusen.“⁴² Wichtig ist an dieser Stelle festzuhalten, dass auch in den folgenden Beispielen kaum ein Zitat über den Auftritt einer weiblichen Abgeordneten ohne die ausführliche Beschreibung ihrer Stimmfarbe oder ihrer Kleiderwahl auskommt. Gleichwohl beschränkte sich diese Zusatzbeschreibung in den Berichten nicht ausschließlich auf die Kleidung oder das Auftreten der Frauen. Vor allem in den Korrespondenzberichten des *Berliner Tageblatts* wurden insbesondere im Bericht über die Eröffnungssitzung sehr ausführlich die Uniformierung und angehefteten Orden auch der männlichen Abgeordneten oder etwa die Auftrittsweise des Alterspräsidenten Wilhelm Pfannkuch samt seiner Bartform dargestellt.⁴³

Dass ihr optisches Auftreten an diesem ersten Tag das primäre Merkmal war, über das die Zeitungen berichteten, entsprach jedoch genau dem Gegenteil von dem, was die weiblichen Abgeordneten mit der beschriebenen schlichten, schwarzen Kleidung erreichen wollten. Viele hatten sich zudem vor der Eröffnung abgesprochen, den eigentlich zu damaliger Zeit für Frauen üblichen Hut wegzulassen. Ihnen gelang allerdings allein deshalb nicht herauszustechen, ordnet es Thomas Mergel ein, da sie die „Einheitlichkeit“⁴⁴ bereits durch ihr Geschlecht in Frage gestellt hätten. Die Hutfrage hingegen war den Berichterstatte*r*innen erstaunlicherweise nicht aufgefallen.⁴⁵

41 Berliner Tageblatt Nr. 56, Morgenausgabe vom 07.02.1919, S. 3.

42 Vossische Zeitung Nr. 69, Morgenausgabe vom 07.02.1919, S. 1 (es handelte sich um die Frauen der Abgeordneten Payer, Haußmann und des Freiherrn von Richthofen).

43 Berliner Tageblatt Nr. 56, Morgenausgabe vom 07.02.1919, S. 3 („In der zweite Reihe sitzen unter anderem die Staatssekretäre Preuß und Erzberger, der ein großes Eisernes Kreuz an das Knopfloch geknüpft hat, Kriegsminister Reinhardt in feldgrauer Uniform und Schiffer.“; und einige Absätze später: „Ein fast 78jähriger, würdiger Herr, groß und schlank, weißer Spitzbart. Brille. Leicht gerötete Backen. [...] Die Sprach ist schlicht und einfach, kommt von Herzen und ist von einem gewissen idealistischen Schwung.“).

44 Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 149.

45 Ebd., S. 149.

Die *Berliner Illustrierte Zeitung* stach aus dieser Reihe mit ihrer Bildkollage in der Ausgabe vom 9. Februar 1919 demnach heraus. Fünf Frauen aus quer durch die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien portraitierte sie mit Foto, sowie Name und Fraktionszugehörigkeit in der Bildunterschrift unter dem Titel: „Frau Abgeordnete! Einige Charakterköpfe aus der Nationalversammlung.“⁴⁶ Was diese Charaktere ausmachte, mussten sich die Leser*innen der Illustrierten jedoch selber zusammenreimen. Einen ähnlichen Beitrag publizierte am gleichen Tag auch *Der Weltspiegel*, die einmal wöchentlich erscheinende illustrierte Beilage des *Berliner Tageblatts*. Sie zeigte drei weibliche Abgeordnete vom Oberkörper aufwärts, am Schreibtisch stehend abgelichtet, mit Namensnennung in der Bildunterschrift unter dem Titel: „Frauen als Mitglieder der Nationalversammlung.“⁴⁷

In den folgenden Wochen erschienen zudem immer wieder Gastartikel von Autorinnen, meist selbst Politikerinnen. Sie setzten sich einerseits erneut mit dem neuen Wahlrecht für Frauen auseinander, auch im Rahmen der Gemeindewahlen, die in Berlin anstanden, aber auch mit der Rolle der Frau im Parlament. So richtete sich die Frauenrechtlerin Minna Cauer mit ihrem Artikel im *Berliner Tageblatt* gleich im Titel „Wählerin! Politikerin“⁴⁸ gezielt an das weibliche Publikum. Und die USDP-Politikerin Mathilde Wurm, spätere Reichstagsabgeordnete, rief die Leser*innen auf, sich vor der Berliner Gemeindewahl zu erinnern, welche Parteien sich vor der Einführung gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen hatten.⁴⁹

3.2. „Zwischenfall Agnes“

Am 8. Februar, dem 3. Sitzungstag, wurde Lore Agnes (USPD) als einzige Frau zu einer von acht Schriftführer*innen ernannt: „Die Schriftführer, unter denen zum ersten Mal seit Bestehen des deutschen Parlaments eine Frau – Dora Agnes [sic!] – bemerkt wird [...]“⁵⁰, hob der *Berliner Lokal-Anzeiger* diese Neuerung wenige Tage darauf im Bericht über die Nationalversammlung hervor. Doch die Schriftführer*innenwahl war nicht ganz reibungsfrei abgelaufen. Der Abgeordnete Friedrich Geyer (USPD) beschuldigte nach Verkündung des Ergebnisses Richard Fischer (MSPD), er habe vor dem Einwurf des Wahlzettels ein Stück abgerissen – das Stück, auf dem der Name der

46 *Berliner Illustrierte Zeitung* Nr. 9, 09.02.1919, S. 48 (abgebildet waren: Elisabeth Brönnner(-Höpfner) (DDP), Clara Bohm-Schuch (hier als „Klara Schuch-Bohm“ bezeichnet) (MSPD), Luise Zietz (USPD), Marie Zettler (Zentrum) und Anna von Gierke (hier Anna von Giercke) (DNVP).

47 *Der Weltspiegel* (Beilage des „Berliner Tageblatt“) Nr. 6, 09.02.1919, S. 3 (Clara Schuch (hier erneut mit „K“) (DDP), Clara Mende (ohne Vornamen) (DNVP) und Marie Juchacz (MSPD).

48 Vgl. *Berliner Tageblatt*, Nr. 58, Morgenausgabe vom 08.02.1919, S. 2.

49 Vgl. *Freiheit*, Nr. 82, Morgenausgabe vom 15.02.1919, S. 1f.

50 *Berliner Lokal-Anzeiger* Nr. 65, Morgenausgabe vom 12.02.1919.

Kandidatin Lore Agnes (USPD) stand.⁵¹ Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* zitierte in ihrem Bericht über den dritten Tag der Versammlung den Vorfall teilweise wörtlich.⁵² Die Berliner Volks-Zeitung schilderte den von ihr so benannten „Zwischenfall Agnes“⁵³ folgendermaßen:

Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident David das Ergebnis der Schriftführerwahl vom Tage zuvor mit. [...] Die Unabhängige Frau Agnes hat aber nur 61 Stimmen erhalten. Da die Unabhängigen bei der Präsidentenwahl weiße Zettel abgegeben hatten, revanchierte sich der größte Teil des Hauses dadurch, dass er die Frau Agnes auf dem gemeinsamen Zettel strich. Herr Geyer hatte außerdem entdeckt, daß Richard Fischer den Stimmzettel des Präsidenten David geköpft hatte (am Kopf stand nämlich der Name der Frau Agnes), und so schlug er gewaltigen Lärm gegen den Sünder, der seinerseits das Vorgehen als Missverständnis hinzustellen suchte.⁵⁴

Was beide Zeitungen in ihren Berichten nicht erwähnen, ist, dass es insgesamt 15 Kandidat*innen für die Schriftführung gab, unter ihnen noch sechs weitere weibliche Abgeordnete, die alle nicht aus der USPD-Fraktion waren, aber in der Abstimmung weit hinten lagen.⁵⁵ Es ist demnach zu vermuten, dass Lore Agnes zwar möglicherweise aus dem genannten Grund weniger Stimmen bekam als die anderen gewählten Schriftführer, dennoch aber diesen Posten nicht nur mit USPD-Stimmen erworben haben konnte. Denn ihre Fraktion hatte in der Nationalversammlung nur 22 Sitze.

Wenige Tage später, am 13. Februar, konnten die Leser*innen quer durch die Tagespresse erneut über Lore Agnes lesen. Es war nicht der erste Antrag, an dem sich die Abgeordnete Agnes beteiligte.⁵⁶ Jedoch war es der erste, welcher quer durch die Berliner Zeitungen als kurzer, abgesetzter Artikel, zum Teil versehen mit einer kleinen Einleitung, und im Wortlaut zu lesen war. Es handelte sich um den sich in Vorbereitung befindenden „Antrag der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen“.⁵⁷

51 Vgl. Nationalversammlung: 3. Sitzung, 08.02.1919 („Der Schriftführer Richard Fischer nahm [...] den Stimmzettel entgegen, riß ein Stück von diesem Zettel mit einem Namen ab [...]“).

52 Vgl. *Deutsche Allgemeine Zeitung* Nr. 67, Morgenausgabe vom 09.02.1919, S. 3.

53 *Berliner Volks-Zeitung* Nr. 60, Morgenausgabe vom 09.02.1919.

54 Ebd.

55 Vgl. Nationalversammlung: 3. Sitzung, 08.02.1919 (Die weiteren Kandidat_innen Jakob Binder (MSPD), Elise Ekke (DDP), Marie Juchacz (MSPD), Agnes Neuhaus (Zentrum), Antonie Pfülf (MSPD), Marie Schmitz (Zentrum), und Marie Zettler (Zentrum)).

56 Vgl. Nationalversammlung: Aktenstücke Nr. 4, Anfrage vom 06.02.1919.

57 Vgl. u. a. Vorwärts Nr. 80, Morgenausgabe vom 13.02.1919, S.3 („Ein Frauenruf in der Nationalversammlung“); *Berliner Lokal-Anzeiger* Nr. 67, Morgenausgabe vom 13.02.1919, S. 1 („Ein Antrag der Frauen“); *Vossische Zeitung* Nr. 80, Morgenausgabe vom 13.02.1919, S.2 (hier mit anderen gebündelt unter: „Anträge in der Nationalversammlung“); *Berliner Börsen-Zeitung* Nr. 73, Morgenausgabe vom 13.02.1919, S. 2 („Appell an das Gewissen der Menschheit“); und einen Tag später: *Berliner Tageblatt* Nr. 79, Abendausgabe vom 14.02.1919 (Als erste Meldung auf dem Titelblatt wird eine „Kundgebung der weiblichen Delegierten der Nationalversammlung“ angekündigt, bei der Marie Juchacz (MSPD) inhaltlich ebenfalls gegen die Hungerblockade aufrufen soll. Im Protokoll der Nationalversammlung finden sich hierzu keine Hinweise, auch nicht über eine möglich erfolgte Vertagung: 7. Sitzung, 14.02.1919); ähnliche Hinweise zu einer Rede Juchacz' auch in der *Berliner Börsen-Zeitung* Nr. 74, Abendausgabe vom 13.02.1919, S. 1.

Zusammen mit allen anderen 36 weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung brachte sie im Laufe des 13. Februar einen Antrag vor, welcher einerseits zur Aufhebung der sogenannten *Hungerblockade* und andererseits die sofortige Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aufforderte, beziehungsweise die Nationalversammlung aufforderte, sich dieser Forderung anzuschließen.⁵⁸ Mit der *Hungerblockade* meinten die Abgeordneten eine Handelsblockade, die im Krieg begann und an der die Alliierten auch nach dem Waffenstillstand im November 1918 weiter festhielten und die für Teile der Bevölkerung den Hungertod bedeutete.⁵⁹ Besprochen wurde der Antrag im Parlament allerdings erst mit der Rede von Agnes Neuhaus (Zentrum) in der 18. Sitzung am 1. März 1919. Warum so viele der Berliner Zeitungen den Antrag ohne große Einordnung druckten, muss an dieser Stelle offenbleiben. Aus den vorliegenden Quellen lassen sich dazu keinerlei Rückschlüsse ziehen.

3.3. Die erste Rede – eine Frau spricht vor der Nationalversammlung

In der dritten Woche der Nationalversammlung berichteten die Berliner Tageszeitungen häufiger über die weiblichen Abgeordneten, zumeist im Rahmen der langen Berichte über die Parlaments-sitzungen im Weimarer Theater. Denn in der 11. Sitzung, am 19. Februar 1919, sprach mit Marie Juchacz (MSPD) erstmals eine Frau in der Nationalversammlung. Am Folgetag sprach Louise Zietz (USPD) und als Dritte einen Tag darauf Gertrud Bäumer (DDP).

In ihrer Rede im Rahmen der Haushaltsdebatte sprach Marie Juchacz über die Auswirkung der Einführung des Frauenwahlrechts auf die Frauenfrage sozialpolitische Vorhaben wie die Hinterbliebenenrente sowie über die wirtschaftliche Relevanz der Einbeziehung von Frauen für den Staat – etwa im öffentlichen Dienst. Sie verteidigte den von Vertretern der MSPD mitgetragenen Waffenstillstand im November des Vorjahres und den Zustand der Pressefreiheit. Auch die Forderung aus dem gemeinsamen Antrag der Frauen im Parlament zur Beendigung des Hungerstreiks und der Zurückführung der Kriegsgefangenen sprach sie an.⁶⁰ Aus dem Protokoll geht hervor, dass ihre Rede durch laute Unterhaltungen anderer Parlamentarier*innen gestört wurde und einmal durch den Präsidenten der Nationalversammlung, Constantin Fehrenbach, kurzzeitig unterbrochen wurde.⁶¹

Der *Vorwärts* schrieb am Folgetag über die Rede der Parteigenossin in einem eigenständigen klei-

58 Nationalversammlung: Aktenstücke Nr. 30, Anfrage vom 13.02.1919.

59 Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, S. 126.

60 Antrag vom 13.02.1919, siehe hier Kapitel 4.2.

61 Vgl. Nationalversammlung: 11. Sitzung, 19.02.1919 (Präsident Fehrenbach: „Die Unterhaltung wird hinter dem Präsidialtische mit einer derartigen Lebhaftigkeit geführt, daß es dem Präsidium nicht möglich ist, die Rednerin zu verstehen [...]“).

nen Artikel zusätzlich zum Sitzungsbericht:

In der Nationalversammlung hat am Mittwoch Genossin Juchacz als die erste Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriffen. Ihre Rede war ein voller Erfolg, wie selbst bürgerliche Blätter anerkennen. Genossin Juchacz betonte, dass die Frauen auch in der politischen Arena ihr Geschlecht nicht verleugnen würden, und der Appell, den sie am Schluß ihrer Rede an die ganze Welt richtete, für die Herausgabe der deutschen Gefangenen und für die Einstellung des Hungerkriegs gegen Mütter und Säuglinge, wurde doppelt wirkungsvoll dadurch, daß er aus Frauenmund kam. Aber Genossin Juchacz verstand auch die Schärfe des Wortes zu handhaben, [...] ⁶²

Dieser sehr positive Blick des offiziellen Parteiorgans der MSPD ist wenig überraschend. Dennoch wirkt der Text neben den lobenden Worten wie eine Rechtfertigung. Er zeigt auf, dass Marie Juchacz auch gegenüber den Genossen aus der MSPD an dieser Stelle beweisen musste, dass Frauen genauso wie ihre männlichen Kollegen vor dem Parlament sprechen können. Diese Rechtfertigungshaltung zeigt sich unter anderem in dem Verweis, dass auch Zeitungen anderer politischer Ausrichtung die Rede laut dem *Vorwärts* positiv beurteilten oder durch die Hervorhebung, sie hätte „auch die Schärfe des Wortes zu handhaben“ ⁶³ gewusst. Dabei war Marie Juchacz sogar seit 1917 Mitglied des Parteivorstandes sowie Leiterin des Frauenbüros der Partei. Sie hatte sich auf Basis ihrer Volksschulbildung und einer späteren Schneiderlehre immer weiter fortgebildet und war beispielsweise mit der Initiative für das Frauenwahlrecht im Oktober 1918 vor ihrem Abgeordnetensein bereits politisch aktiv. Ende des Jahres 1919 gründete sie den *Arbeiterwohlfahrtsverband*, der sich damals zunächst um die kriegsverletzten Arbeiter*innen kümmerte. ⁶⁴ Die Berliner Volks-Zeitung formuliert die Prüfungssituation sehr direkt: „Jedenfalls war das erste Auftreten einer Frau in einem deutschen Parlament zugleich ein politisches Reifezeugnis für die deutschen Frauen.“ ⁶⁵ Die *Neue Preußische Kreuz-Zeitung* schrieb hingegen: „Leeres Stroh drosch die Genossin Juchacz. Ihr Auftreten bewies nicht gerade, daß die Zulassung der Frau ins Parlament ein Zugewinn ist.“ ⁶⁶

Die bürgerliche Presse berichtete, wie im *Vorwärts* beschrieben, in der Tat sehr positiv über Juchacz' Rede. Die *Vossische Zeitung* brachte sogar einen ausführlichen Beitrag auf der Titelseite der Morgenausgabe unter der Überschrift „Die erste Rednerin.“ ⁶⁷ Er beschreibt Schritt für Schritt den inhaltlichen Ablauf ihrer Rede – wobei jedoch der erste Part über den Status der Frauenfrage unterschlagen, dieser aber im Auszug der Rede im Sitzungsbericht im hinteren Teil der gleichen Ausgabe zitiert wird. ⁶⁸ Die Wahl des Redeauszugs, welche Länge und welcher Teil in der Zeitung

62 Vorwärts Nr. 94, Abendausgabe vom 20.02.1919, S. 2.

63 Ebd.

64 Vgl. Heinson, Parteien und Politik, S. 287; Lauterer: Parlamentarierinnen, S. 31–35.

65 Berliner Volks-Zeitung Nr. 67, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

66 Neue Preußische Kreuz-Zeitung Nr. 84, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

67 Vossische Zeitung Nr. 93, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

68 Vgl. ebd. S. 9.

zitiert wurde, war grundsätzlich von der jeweiligen Redaktion abhängig. Die gesamte Länge der Reden einer Parlamentssitzung war schlicht zu umfangreich und so wurden jeweils nur die, für die Leser*innenschaft der Zeitung beziehungsweise die aus Sicht der zuständigen Redaktion imaginierte Zielgruppe, relevanten Auszüge gedruckt. So ist etwa der Teil, den die *Freiheit*, das *Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie*, aus der Premierenrede Juchacz' wählt, sehr pointiert:

Der Revolution verdanken wir unsere Sitze im Parlament. Die Revolutionsregierung tat damit nur ihre Pflicht, denn die deutsche Demokratie war ohne die deutschen Frauen nicht möglich. Als Sozialdemokratin aber freut es mich, daß es eine sozialdemokratische Regierung war, die die deutschen Frauen von der politischen Unmündigkeit befreit hat. [...] Für Deutschland ist die Frauenfrage damit gelöst.⁶⁹

Inhaltlich betont dieses Zitat genau die Punkte, die die USPD an der Haltung der MSPD kritisierte, wie sich insbesondere am Folgetag mit Blick auf Louise Zietz' Rede zeigte.⁷⁰ Auffällig ist daher der Verweis auf die Revolutionsregierung, mit der die USPD bereits seit November 1918 haderte. Auch das neugewonnene Frauenwahlrecht ging vor allem den Frauen der USPD nicht weit genug. Für sie war die Frauenfrage nicht beendet. Zudem hatten sie zwar genauso wie die Frauen anderer Parteien bereits vor 1918 das Frauenwahlrecht gefordert, sich dem Vorstoß um Marie Juchacz aber nicht angeschlossen, da es für sie gleichzeitig um eine grundsätzliche Umwälzung des politischen Systems ging.⁷¹ Besonders wichtig ist hier, dass der oben zitierte Abschnitt in keiner Weise mit dem Wortlaut der tatsächlichen Rede Juchacz' übereinstimmt. Durch die berichterstattungsbedingte Schnelligkeit, mit der die Redaktionen arbeiteten, schlichen sich grundsätzlich Fehler in der Zitation der Reden ein. In diesem Beispiel werden die Leser*innen durch die vollkommen verkürzte Fassung über das eigentlich Gesagte im Unklaren gelassen. Ob dies generell der Arbeitsform der *Freiheit* und auch anderen Zeitungen entsprach, kann an dieser Stelle nur vermutet werden.⁷²

Relevant schien für einige der Korrespondent*innen neben Juchacz' Auftrittsweise, die sehr ausführlich geschildert wird, ihr Aussehen zu sein, wie bereits am Beispiel der Eröffnungssitzung mit den Zeilen über die gesamte Gruppe der weiblichen Abgeordneten deutlich wurde. Diese Beschreibung macht sowohl im gesonderten Artikel des *Berliner Tageblatts*, als auch in dem entsprechenden Absatz des Sitzungsberichts des *Berliner Lokal-Anzeigers* einen Großteil der Berichterstattung aus. Beschrieben werden in dem Zusammenhang zum einen das gescheiterte Haar, sowie ein wahlweise „grünes Jackenkleid“⁷³ oder wie es im *Berliner Lokal-Anzeiger* heißt: „Sie trägt eine grüne Bluse, über deren Schnittart sich die Journalisten vergeblich den Kopf zerbrechen um sie recht an-

69 *Freiheit* Nr. 91, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 2.

70 Vgl. Nationalversammlung: 12. Sitzung, 20.02.1919; Lauterer: Parlamentarierinnen, S. 95.

71 Vgl. Rosenbusch: Der Weg zum Frauenwahlrecht, S. 430.

72 Selbstverständlich können sich auch in die Stenographischen Berichte der Nationalversammlung Fehler eingeschlichen haben. Dass der Wortlaut sich in diesem Fall jedoch so grundsätzlich unterscheidet, kann dadurch trotzdem nicht erklärt werden.

73 *Berliner Tageblatt* Nr. 80, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 3.

schaulich schildern zu können.⁷⁴ In letzterem Fall gibt sich der Autor oder die Autorin zusätzlich sehr viel Mühe, die angeblich grundsätzliche Irrelevanz der Rede einer weiblichen Abgeordneten darzustellen: „Nun mein Gott, was soll sie sagen, Sie [sic!] sagt natürlich das, was schon hundertmal von anderen auch gesagt worden ist.“⁷⁵ Gerade, weil die Rede hier sehr deutlich als inhaltlich unwichtig deklariert wird, ist es bemerkenswert, dass es zum Abschluss des Absatzes doch um einen inhaltlichen Punkt ging, den der Autor oder die Autorin sogar positiv hervorhob:

Einen Moment hat sie in ihrer Rede, wo sie über diese emporwächst, das ist als sie im Namen sämtlicher Frauen, die der deutschen Nationalversammlung angehören, gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen protestiert und gegen die *Hungerblockade*, die noch immer tagaus tagein Hunderttausende von deutschen Frauen, Kinder und Greise dahinmordet. Sie spricht mit sichtlicher Ergriffenheit und ergriffen lauscht ihr das Haus.⁷⁶

Damit schließt sich der *Berliner Lokal-Anzeiger* dann doch dem Eindruck der Vossischen Zeitung an, die ebenfalls von der „außerordentlichen Rednergewandtheit“⁷⁷ der Politikerin begeistert war und das, obwohl der Ordnungsruf des Präsidenten Fehrenbach eher an der Aufmerksamkeit des Parlaments zweifeln lässt und diverse Abgeordnete den Saal während ihrer Rede verließen.⁷⁸

Ein weiteres Narrativ, dass sich durch viele Artikel – und darüber hinaus – zieht, war, dass diese Rede am 19. Februar die erste einer Frau vor einem deutschen Parlament gewesen sei. So suggeriert es bereits der Titel des Artikels in der Vossischen Zeitung und im Text heißt es, dass Juchacz „die historische Rolle zufiel, als erster weiblicher Abgeordneter in einem deutschen Parlament das Wort zu ergreifen [...]“.⁷⁹ Die MSPD-Abgeordnete betont diesen historischen Faktor selbst in ihrer Rede, wobei dieser zum anderen auch in dem bereits vorgestellten Artikel des Vorwärts sowie in anderen Zeitungen zur Sprache kam.⁸⁰ Selbst in der Literatur hält sich diese Annahme.⁸¹ Man kann die erste Rede einer weiblichen Abgeordneten vor der Nationalversammlung, und damit einem gesamtdeutschen Parlament, sehr wohl als historisch bedeutenden Schritt bezeichnen. Da einige der Landtage allerdings bereits kurz vor der Wahl zur Nationalversammlung zusammengetreten waren, hatte als erste Frau vor einem deutschen Parlament Marianne Weber (DDP) im badischen Landtag gesprochen.⁸² Akkurater war demnach die Beschreibung in der *Berliner Illustrierten Zei-*

74 *Berliner Lokal-Anzeiger* Nr. 80, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 2.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Vossische Zeitung Nr. 93, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

78 Vgl. *Berliner Börsen-Zeitung* Nr. 85, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

79 Vossische Zeitung Nr. 93, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

80 Vgl. Nationalversammlung, 11. Sitzung, 19.02.1919 („Es ist das erste Mal, daß in Deutschland die Frau als freie und gleich im Parlament zum Volke sprechen darf [...].“).

81 Vgl. Heinsohn, *Parteien und Politik*, S. 281.

82 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: 100 Jahre Frauenwahlrecht. 12. November 1918. Geburtsstunde des Frauenwahlrechts, https://www.lpb-bw.de/12_november.html, abgerufen am 27.10.2019.

tung anderthalb Wochen später, als sie ein rundes Portraitfoto der Rednerin abdruckte und sie: „[...] als erste Frau, die in der Nationalversammlung eine Rede hielt“, beschrieb.⁸³

Was zumindest in den Berichten in der Presse auf den ersten Blick kaum eine Rolle spielte, ist die alternative Anredeform, die Marie Juchacz zu Beginn ihrer Rede wählte: „Meine Herren und Damen!“⁸⁴ Im Parlamentssaal reagierten die Abgeordneten am 19. Februar mit „Heiterkeit“.⁸⁵ Juchacz hielt in ihrer Parlamentszeit an der Anrede fest. Wie Lauterer erklärt, übernahmen auch einige andere Frauen die Anrede aus einer konkreten Motivation heraus: „Indem sie die männliche Höflichkeitsformel umdrehten, wiesen sie zwar auf ihre neue Gleichberechtigung hin, aber auch auf die Machtverhältnisse im Parlament.“⁸⁶ Die ebenfalls parlamentsinterne neue Anrede aufgrund der weiblichen Abgeordneten, die Friedrich Ebert bei der Eröffnungssitzung einführte, „Meine Damen und Herren!“⁸⁷, wurde hingegen schlicht zur Kenntnis genommen und von da an zumindest von den meisten Abgeordneten bei ihren Reden übernommen.⁸⁸ Damit war die Sache allerdings nicht erledigt. Die Anrede blieb ein Politikum, wie Mergel beschreibt: Ein männlicher Abgeordneter, Wilhelm Kahl (Deutsche Volkspartei), suchte für die Beibehaltung der alleinigen Anrede der Männer sogar Rückhalt in einer antiken Rechtsdefinition: „Auf wiederholte Zwischenrufe legte er unter ausführlichem Bezug auf die Pandekten und großer Heiterkeit dar, daß nach dem römischen Recht mit ‚Meine Herren‘ die Damen eingeschlossen seien.“⁸⁹ Und auf den zweiten Blick bleibt die Frage der passenden Anrede im Parlament in der Presse doch nicht gänzlich unkommentiert. Am selben Tag, an dem Juchacz als erste weibliche Abgeordnete das Rederecht in der Nationalversammlung erhielt, erschien in der Abendausgabe der Vossischen Zeitung ein Gastbeitrag von Willy Hellpach, Professor der Psychologie in Karlsruhe und späterem DDP-Reichstagsabgeordneten, in welchem er die von Ebert gewählte Anrede als unmöglich bezeichnete:

Es stört die Sachlichkeit des öffentlichen Lebens, indem es die Form des Salons in die Versammlungsräume trägt [...]. Ich gönne den Frauen das Stimmrecht [...]. Jedoch, am wenigsten können die Frauen es mögen, daß man sie in der Politik als Salongeschöpfe behandle, weil die Galanterie, die man ihnen hier spendet, sie der Komik preiszugeben droht. Es grenzt wirklich ans Komische, an Parodie und Verulkung, wenn eine Versammlung, in der sich die Frauen zu den Männern verhalten wie 1 zu 50, ‚meine Damen und Herren‘ apostrophiert wird; es muß, fürchte ich, auf die Dauer entweder den politischen Frauen oder der Politik oder allen beiden schaden.⁹⁰

Zum Ende seiner Ausführungen schlug Hellpach daher „Männer und Frauen“⁹¹ als Anrede vor. In-

83 Berliner Illustrierte Zeitung Nr. 9, 02.03.1919, S. 67.

84 Nationalversammlung: 11. Sitzung, 19.02.1919.

85 Ebd.

86 Lauterer: Parlamentarierinnen, S. 89.

87 Nationalversammlung: 1. Sitzung, 06.02.1919.

88 Lauterer: Parlamentarierinnen, S. 89.

89 Mergel: Parlamentarische Kultur, S. 45.

90 Vossische Zeitung Nr. 92, Abendausgabe vom 19.02.1919, S. 2f.

91 Ebd. S. 3.

wieweit es den Politiker*innen in der Nationalversammlung konkret schaden könnte, wenn die weiblichen Abgeordneten zuerst genannt werden, erläuterte er nicht, genauso wenig, ob die vorgeschlagene Anrede bei einem potentiellen Umschwung der Geschlechterverhältnisse angepasst werden müsste.

3.4. Louise Zietz und das Eiserne Kreuz

Auch Louise Zietz kam am Folgetag, dem 20. Februar, um die äußerliche Beschreibung inklusive der Wahl ihrer Kleidung nicht herum. Die *Vossische Zeitung* schrieb über die USPD-Politikerin sie habe: „[...] das dunkle Gewand, das sie gewöhnlich zu tragen pflegt, zur Feier des Tages mit einer weißen Bluse vertauscht [...]“⁹² Eine Einordnung dieser Notiz folgte hierzu nicht. Nennenswert ist sie in dieser Analyse dennoch, da sie offenbart, dass Louise Zietz den Korrespondent*innen bekannt war.

Bereits in den ersten Sitzungen der Nationalversammlung war sie nämlich mehrfach durch Zwischenrufe aufgefallen. Nach der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten in der fünften Sitzung schrieb etwa die *Neue Preußische Kreuz-Zeitung* ohne Louise Zietz selbst zu nennen:

Bei der Frage, ob Ebert die Wahl annimmt, beginnt der Spektakel der Unabhängigen, der dann während der Begrüßung Dr. Davids an den neuen Reichspräsidenten hysterische Formen annimmt. Eine kreischende Frauenstimme droht überzuschnappen. Die Männer treiben es nicht besser.⁹³

Warum der Autor oder die Autorin Louise Zietz nicht namentlich erwähnt, bleibt offen, es überrascht allerdings insofern als es in anderen Artikeln scheinbar nicht notwendig war, Zietz vorzustellen. Ob der Autor oder die Autorin der Neuen Preußischen Kreuz-Zeitung ebenfalls davon ausging, dass die Leser*innen intuitiv wussten, wer gemeint war, lässt sich nur vermuten.⁹⁴ An dieser Stelle ist jedoch zu erwähnen, dass man zu Anfang der Weimarer Republik davon ausging, das Zwischenrufen in den Parlamentssitzungen sei eine rein männliche Angewohnheit. Daher war es üblich, trotz der für Reden nun neuen Anrede an beide Geschlechter, lediglich mit "Meine Herren" zur Ordnung zu rufen, so Lauterer.⁹⁵

92 *Vossische Zeitung* Nr. 95, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 1.

93 *Neue Preußische Kreuz-Zeitung* Nr. 69, Morgenausgabe vom 12.02.1919, S. 2.

94 Nach Lauterer zog es im Laufe der Nationalversammlung und später im Reichstag sichtbar mehr Publikum in den Parlamentssaal, wenn eine Rede Louise Zietz' angekündigt war. Ende des Jahres 1919 erschien zudem ein Buch mit polemischen Reportagen des deutschnationalen Journalisten Adolf Stein über die Nationalversammlung und dem Titel „Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen.“ (vgl. Lauterer: *Parlamentarierinnen*, S. 95f.).

95 Vgl. ebd., S. 91; Nationalversammlung: 12. Sitzung, 20.02.1919 (Aus den stenographischen Protokollen geht diese Information nicht hervor. In der Sitzung vom 11.02.1919 werden keine Ordnungsrufe ausgewiesen, auch Louise Zietz wird nicht namentlich als Zwischenruferin genannt.).

Im Gegensatz zur Neuen Preußischen Kreuz-Zeitung benannte der *Berliner Lokal-Anzeiger* die Zwischenruferin. Die Rede Eberts nach seiner Wahl wurde „[...] überschüllt von Frau Zietzens hysterischem Gelächter.“⁹⁶ In einem hinteren Absatz des Artikels wurde sie erneut erwähnt, wie sie zum Abschluss der Rede des neugewählten Reichspräsidenten hinein rief. „[...] und Frau Zietz fragt hier ganz richtig ihn: ‚Und wo bleibt der Sozialismus?‘“⁹⁷

Auffällig ist in beiden Fällen die Wortwahl: „Überschüllt“ von „hysterischem Gelächter“ und die „kreischende Frauenstimme“. Diese Attribute wurden, so erläutert Mergel, in Zusammenhang mit Wortmeldungen und Vorträgen weiblicher Abgeordneter sehr häufig geäußert, zum einen von männlichen Abgeordneten, aber auch in der Berichterstattung. Die politisch engagierte Frau, die sich auch im Ausdruck nicht zurückhielt, wurde somit nach wie vor in die Nähe der sogenannten Hysterie gestellt, einer Diagnose, die im späten 19. Jahrhundert und darüber hinaus hauptsächlich Frauen attestiert wurde.⁹⁸ Selbst Frauen nutzten diese Vokabel: In ihrem Artikel über das neue Frauenwahlrecht, indem sie einige ihrer Kolleginnen vorstellte, schrieb auch die MSPD-Abgeordnete Anna Bloss über das „hysterische Kreischen“⁹⁹ Louise Zietz’.

Im Rahmen der Berichterstattung über Zietz’ erste Parlamentsrede am 20. Februar fielen solche Vokabeln nicht. Die Mitbegründerin der USPD¹⁰⁰ begann ihre Rede mit einer ausführlichen Kritik an der MSPD, welcher sie ein mangelndes Bekenntnis zum Sozialismus vorwarf. Zudem prangerte sie in weiten Teilen ihrer Rede das Verhalten der MSPD, insbesondere das Handeln des Reichswehrministers Gustav Noske in der Novemberrevolution, aber auch darüber hinaus den Umgang mit den Arbeiter- und Soldatenräten an. Sie sprach in diesem Zusammenhang etwa von „Noske-Truppen“.¹⁰¹

Zietz erläuterte ebenso, welche inhaltlichen Punkte ihr im vorgestellten Regierungsprogramm fehlten. Dazu gehörte etwa die Einheitsschule, eine konkrete Trennung von Kirche und Staat sowie eine Reform des Strafgesetzbuches. Zudem äußerte sie mit Bezug auf Marie Juchacz’ Rede, dass sie nicht verstehen könne, wieso man über die Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst überhaupt debattieren solle, wenn eine gesetzliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen eine Beteiligung weiblicher Arbeitskräfte in allen Bereichen bereits ermöglichen müsse. Zudem

96 *Berliner Lokal-Anzeiger* Nr. 67, Morgenausgabe vom 12.02.1919, S. 1.

97 Ebd.

98 Vgl. Mergel: *Parlamentarische Kultur*, S. 105f. (Die Einordnung der „Hysterie“ fällt hier bei Mergel etwas knapp aus, sodass es an der Distanz der seit Jahrzehnten überholten Diagnose der „Hysterie“ als psychischem Krankheitsbild auf Basis der beschriebenen „Symptome“ mangelt.).

99 Vgl. *Vossische Zeitung* Nr. 92, Abendausgabe vom 19.02.1919, S. 1.

100 Zuvor war sie seit 1908 im Parteivorstand der SPD und damit die erste Frau in dieser Position (vgl. Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 45.).

101 Vgl. *Nationalversammlung*: 12. Sitzung, 20.02.1919.

erhielt Zietz während ihrer Rede zwei Ordnungsrufe. Der Erste erfolgte, als sie der Regierung vorwarf, den Militarismus im Staat zu fördern und das Eiserne Kreuz als „Blutzeichen“¹⁰² bezeichnete.¹⁰³

Ihre Rede war sehr lang, wie sich aus den aufgezählten Punkten schließen lässt, und wurde den Abgeordneten bereits im Voraus von ihr selbst als Rede im Umfang von zwei Stunden angekündigt. Kurz bevor sie an das Rednerpult trat, stimmte das Parlament auf Basis dieser Information über die Weiterführung der Sitzung ab.¹⁰⁴ Die *Berliner Börsen-Zeitung* sah in darin die Ursache einer potentiell schlechteren Berichterstattung, die Louise Zietz durch die verlängerte Abendsitzung des Parlaments drohen konnte, denn die Entscheidung sei: „[...] sicherlich sehr zum Schaden der Frau Zietz, die nun in den Zeitungsberichten sehr viel schlechter bedacht wird, als wenn sie morgen zu Beginn spräche.“¹⁰⁵

Ob die Berichterstattung wohlwollender gewesen wäre, wenn sie ihre Rede erst in der nächsten Sitzung gehalten hätte, ist ungewiss. Die *Berliner Volks-Zeitung* beschrieb ihr Auftreten folgendermaßen: „Trotz der strapaziösen langen Sitzung sprach die Wortführerin der unabhängigen Sozialisten mit außerordentlicher körperlicher und geistiger Frische. Sie ist eine agitatorisch gutgeschulte Rednerin, die auch im Parlament nie ihre Sicherheit verliert.“¹⁰⁶ Ihr Redestil hinterließ bei den Korrespondent*innen Eindruck. Auch die *Vossische Zeitung* attestierte Louise Zietz, dass sie: „[...] viel geschickter [sprach], als die meisten es wohl nach ihren erregten Zwischenrufen [...] erwartet hatten.“¹⁰⁷ Dennoch herrschte, während sie sprach, eine kontinuierliche Unruhe im Weimarer Theatersaal. Es gab immer wieder Zwischenrufe und auch ihre Kollegen erhielten Ordnungsrufe. Zusätzlich verließen während ihrer Rede viele Abgeordnete den Saal, ähnlich wie am Vortag bei Marie Juchacz, allerdings in diesem Fall vor allem aus Protest als sie auf das Eiserne Kreuz zu sprechen kam:

[...] [S]ie entfesselt einen Sturm der Entrüstung im ganzen Hause, außer bei ihren Parteigenossen, als sie das Eiserne Kreuz als Blutmal bezeichnet. Die Rechte und ein großer Teil der Demokraten verlassen ostentativ den Saal.¹⁰⁸

Doch nicht nur Abgeordnete verließen die Sitzung, wie die *Berliner Börsen-Zeitung* notierte, es hätten ebenso Berichtersteller den Saal verlassen.¹⁰⁹ Die Entrüstung lässt sich auch in einigen Be-

102 Ebd.

103 Vgl. Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 95.

104 Vgl. Nationalversammlung: 12. Sitzung, 20.02.1919 (Präsident Fehrenbach: „Es wird mir gesagt, dass die Rednerin, die jetzt noch an der Reihe ist, etwa zwei Stunden sprechen wird.“).

105 *Berliner Börsen-Zeitung* Nr. 87, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 3.

106 *Berliner Volks-Zeitung* Nr. 82, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

107 *Vossische Zeitung* Nr. 95, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 1.

108 *Deutsche Allgemeine Zeitung* Nr. 89, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 3.

109 Vgl. *Berliner Börsen-Zeitung* Nr. 87, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 3 („Aber die gute Laune mindert sich, je mehr der Strom der Worte seinen Lauf nimmt, und mit den Ministern räumt auch ein Berichterstatter nach dem anderen das Feld.“).

richten wiederfinden. So hatte Louise Zietz damit etwa bei dem Berichterstatter oder der Berichterstatterin der Vossischen Zeitung eine Verteidigungshaltung ausgelöst, wie sich zum einen aus der Betonung des „Stolzes“¹¹⁰ und der „Ehre“¹¹¹, aber auch aus der Einordnung der Äußerung als „maßlos heftige Beschimpfung“¹¹² herauslesen lässt

Das protestierende Verlassen des Saals durch die Berichterstatter*innen hatte offenbar Auswirkung auf die späteren Artikel. Denn sowohl die *Vossische Zeitung* als auch das *Berliner Tageblatt*, die *Berliner Volks-Zeitung* und die *Deutsche Allgemeine Zeitung* haben sehr ähnliche Abschnitte der Rede gewählt und beschreiben sie fast durchgängig mit denselben Begriffen, sodass der Eindruck entsteht, sie hätten die Passagen untereinander ausgetauscht.¹¹³

3.5. Gertrud Bäumer – ein „Gegensatz zu ihren beiden Vorrednerinnen“

Den positivsten Bericht zu Gertrud Bäumers Rede in der 13. Sitzung der Nationalversammlung schrieb naheliegenderweise die DDP-nahe *Vossische Zeitung*: „Mit gesundem, tatfrohen und phrasenlosem Idealismus entwickelte sie ein soziales Programm der Pflichterfüllung im Dienst der Allgemeinheit.“¹¹⁴ Bäumer sprach, wie bereits Juchacz und Zietz, zunächst ebenfalls die Revolution an und äußerte, sie sei ein: „[...] elementa[er] Ausbruch eines seelisch misshandelten Volkes [...]“¹¹⁵ gewesen. Ausführlich redete sie anschließend über sozialpolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Mittelstands durch Wohnungsfürsorge, die Unterstützung der Jugend auch abseits der schulischen Bildung, über den Zusammenhang von Prostitution und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Sie forderte die Einbeziehung von Frauen in alle Berufe, inklusive des öffentlichen Diensts und wiederholte das Anliegen des gemeinsamen Antrags der Frauen, die „Hungerblockade“¹¹⁶ zu beenden.¹¹⁷

110 Vossische Zeitung Nr. 95, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 1 („Den ersten Ordnungsruf erhielt sie wegen einer maßlos heftigen Beschimpfung des von vielen deutschen Kriegern in Ehren und mit Stolz getragenen Eisernen Kreuzes.“).

111 Ebd.

112 Ebd.

113 Vgl. u. a. ebd. S. 3; Berliner Tageblatt Nr. 82, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 3; Berliner Volks-Zeitung Nr. 82, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 2; Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 89, Morgenausgabe vom 20.02.1919, S. 6 (Grundsätzlich finden sich in den Sitzungsberichten immer wieder ähnliche Satzkonstruktionen oder sogar mit anderen Zeitungen deckungsgleiche Abschnitte. Es kann nur vermutet werden, ob das auf eine geplante Arbeitsteilung deutet, schlicht an dem Zeitdruck, den Redaktionsschluss einzuhalten, lag oder nicht jede Zeitung eigene Korrespondent*innen vor Ort hatte. In diesem Fall weisen die Indizien aufgrund der Schilderung der Berliner Börsen-Zeitung auf eine Kooperation der Reporter*innen hin.).

114 Vossische Zeitung Nr. 97, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 2.

115 Nationalversammlung, 13. Sitzung, 21.02.1919.

116 Nationalversammlung: 13. Sitzung, 21.02.1919.

117 Vgl. ebd.

Die Rede der promovierten Geisteswissenschaftlerin und ehemaligen Lehrerin¹¹⁸ schien ebenso wie der Vossischen Zeitung dem Korrespondenten oder der Korrespondentin des *Berliner Tageblatts* gefallen zu haben, auch wenn sie nur kurz erwähnt wird. Bei den Redeausschnitten wird dagegen ihre Aussage: „Demokratie ist aktiver Liberalismus“ mit einer Zwischenüberschrift hervorgehoben.¹¹⁹ Der *Vorwärts* hob in seinem sehr kurzen Abschnitt über Gertrud Bäumer das Zitat über das: „seelisch misshandelte Volk“¹²⁰, hervor die Freiheit interessierte sich weder für Bäumers Rede noch für die Abgeordneten vor ihr.¹²¹ Nicht überzeugend fand hingegen der *Berliner Lokal-Anzeiger* die Rede:

Dann kommt Fräulein Gertrud Bäumer von den Demokraten. Sie will nicht polemisieren und polemisiert gegen Traub, gegen Kahl, gegen Posadwosky, gegen Graefe, sie will keine zwei Stunden reden und redet deren anderthalb; sie will keine akademische Vorlesung geben und gibt eine, eine mit manchen glücklichen Prägungen und manche mit zweifelhaften, von denen das gewagte Wort hervorgehoben sei: ‚Demokratie ist für mich aktiver Liberalismus.‘ [...]¹²²

Welche Aussagen der Autor oder die Autorin dieser Zeilen im *Berliner Lokal-Anzeiger* „glücklich“ fand und was ihm oder ihr an der Aussage zum Liberalismus nicht gefiel, wurde für die Leser*innenschaft offengelassen. Es kann als Indiz dafür gewertet werden, dass von den Leser*innen ein bestimmtes antiliberales Selbstverständnis oder zumindest ein Verstehen der politischen Haltung des Autors oder der Autorin des *Berliner Lokal-Anzeigers* vorausgesetzt wird.¹²³ Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteizeitungen, bei denen über Bäumer nur wenige Zeichen oder Worte gedruckt wurden, druckten andere Zeitungen – so auch der *Berliner Lokal-Anzeiger*, verhältnismäßig lange Ausschnitte oder Zusammenfassungen der Rede. Somit wurde den Leser*innen trotz der vorweggenommenen Kommentierung die Möglichkeit gegeben, sich selbst ein Bild zu machen.¹²⁴

Im Vergleich zu ihren beiden Vorrednerinnen an den Tagen zuvor, wurde ihr äußeres Erscheinungsbild nur in der *Berliner Börsen-Zeitung* und nur indirekt, beispielsweise ohne Verweis auf ihre Kleiderwahl, kommentiert: „Sie bildet schon im Äußeren einen scharfen Gegensatz zu ihren beiden

118 Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, S. 29.

119 Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 84, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 3+ 4.

120 Vorwärts Nr. 97, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 3.

121 Freiheit Nr. 95, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 3 („Es sprechen noch Stegerwald für das Zentrum und Dr. Gertrud Bäumer für die Demokraten.“).

122 Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 84, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 2.

123 Vgl. Fulda, Press and politics, S. 29 (siehe auch Kapitel 3.) (Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist 1919 nach seinem eigenen Selbstverständnis zu den Generalanzeigern zu zählen, gehörte zu diesem Zeitpunkt allerdings schon zum Hugenberg-Konzern (vgl. Fulda, Press and politics, S. 14).

124 Vgl. u. a. Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 84, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 3; Berliner Börsen-Zeitung Nr. 89, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 3f.; Vossische Zeitung Nr. 97, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 9.

Vorrednerinnen von den Sozialisten.“¹²⁵ Allerdings wurde in den Berichten über Gertrud Bäumer viel deutlicher als in jenen über Juchacz und Zietz betont, dass Bäumer eine weibliche und keine männliche Abgeordnete war.

Es erschien dem Urheber oder der Urheberin dieser Anmerkung – trotz der unterschiedlichen politischen Standpunkte der drei Frauen – selbstverständlich, sie lediglich auf Basis ihrer geschlechtlichen Zuordnung miteinander zu vergleichen. Damit untermalte diese kleine Randbemerkung, wie schwierig es in der Nationalversammlung für die weiblichen Abgeordneten in Anbetracht der Alltagsrealität und den damaligen gesellschaftlichen Konventionen war, im Parlament neben ihren männlichen Kollegen als gleichwertige Mitglieder anerkannt zu werden – trotz politischer Gleichberechtigung laut Gesetz.¹²⁶

Schluss

Die weiblichen Abgeordneten der verfassunggebenden Nationalversammlung kamen in der Berichterstattung vieler Zeitungen der Berliner Tagespresse vor. In der mituntersuchten Boulevardzeitung *B.Z. am Mittag* und dem Parteiorgan der KPD, *Rote Fahne*, spielten sie keine Rolle, da beide Blätter grundsätzlich kaum über die Nationalversammlung schrieben.

In den meisten Fällen erfuhren die Leser*innen allerdings nur etwas über einen Teil der 39 Frauen im Parlament oder über die weiblichen Abgeordneten als geschlossene Gruppe, die gerade im Rahmen der Eröffnungssitzung somit fast gesichtslos war. Denn wer die gewählten Frauen bis dahin als Leser oder Leserin nicht kannte, bekam sie auch nicht vorgestellt. Im Fokus der Artikel standen allerdings auch unabhängig vom Geschlecht die ohnehin bekannten Gesichter und entsprechenden Amtsinhaber, wie beispielsweise Friedrich Ebert. Bei der Posse um die Wahl der Schriftführerin Lore Agnes standen ebenso die männlichen Protagonisten im Mittelpunkt.

Besonders erwähnenswert erschienen den nach Weimar entsandten Korrespondent*innen das optische Auftreten und die Sprechweise der Frauen, weniger der Inhalt ihrer Reden, beziehungsweise werden diese äußeren Aspekte diesem in den meisten Fällen vorangestellt. Neben dem alleinigen Besprechen des Aussehens bei der Eröffnungssitzung fokussiert vor allem die Berichterstattung über die ersten beiden Rednerinnen, Marie Juchacz und Louise Zietz, diese Punkte. Sehr ausgeprägt zeigt dies etwa der Bericht der Neuen Preußischen Zeitung nach Juchacz' Rede.

125 Berliner Börsen-Zeitung Nr. 89, Morgenausgabe vom 21.02.1919, S. 1.

126 Dies gilt für die gesamte Spanne der Weimarer Republik und teilweise darüber hinaus. Vgl. Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 106; Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 152–177; Heinssohn, *Parteien und Politik*, S. 291–298.

Bei den Berichten über Gertrud Bäumers Rede scheint das Aussehen der Rednerin in den untersuchten Zeitungen nur am Rande zu interessieren. Dabei sei erneut erwähnt, dass eine solche Beschreibung der Kleidung und des Auftretens, wie bei der Analyse der Berichterstattung der Eröffnungssitzung geschildert, kein Phänomen ist, welches allein die Frauen betrifft. Sie war oft das einzige Mittel, für die Leser*innen die Szenerie zu illustrieren, da es zu dieser Zeit in den Tageszeitungen nicht üblich war, die Artikel mit Fotos zu kombinieren. Vor allem das *Berliner Tageblatt* und der *Berliner Lokal-Anzeiger* nutzten dieses Mittel in den hier untersuchten Beispielen ausführlich. Die beiden sozialdemokratischen Parteiorgane *Vorwärts* und *Freiheit* brachten diese Punkte hingegen selten in ihre Artikel mit ein und konzentrierten sich auf das gesprochene Wort.

Zusätzlich zu der äußerlichen Komponente machten die Berichte, in denen die weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung in der Presse vorkamen, immer wieder deutlich, dass sie eine von den männlichen Abgeordneten getrennt zu betrachtende Gruppe seien. Obwohl sie nicht direkt hintereinander sprachen und unterschiedlichen Fraktionen angehörten, wurden sie miteinander verglichen. Zwar wurde dieser Vergleich von den Rednerinnen selbst mitgestaltet, indem sie sich gegenseitig aufeinander bezogen. Dennoch erfolgte darüber hinaus in der Berichterstattung der Presse kein Vergleich mit einzelnen männlichen Redebeiträgen. Die hier und da gedruckten Gastartikel der Frauen, die sich in ihren Aussagen vor allem an Frauen richteten, unterstützten diese Wahrnehmung der von den anderen Abgeordneten gesonderten Gruppe. Es zeigt sich, dass es ebenso unter den Frauen selbst unterschiedliche Ansichten darüber gab, wo sie sich gesellschaftlich und damit auch im Politikbetrieb verorteten. Von einem Konsens über eine politische Gleichberechtigung in der Weimarer Republik kann also nicht gesprochen werden – sie galt je nach Blickwinkel als erreicht, als noch nicht vollständig erreicht oder gar nicht als erstrebenswert. So bekamen vor allem die Leser*innen der beiden Zeitungen *Berliner Lokal-Anzeiger* und *Neue Preußische Kreuz-Zeitung* innerhalb dieser ersten Wochen mehrfach den Eindruck vermittelt, das Parlament bestehe sowieso nur aus „Männern“ oder die Zeitungen beschrieben ausführlich ihr Missfallen über die Redebeiträge der Politikerinnen. Hier sei insbesondere noch einmal auf den langen Absatz der Neuen Preußischen Kreuz-Zeitung verwiesen, der Marie Juchacz nach ihrer Rede gewidmet wurde. Mit Blick darauf, dass die Parteiorgane und parteinahen Zeitungen die ihnen politisch zugehörigen oder nahestehenden Politikerinnen positiv hervorhoben, kann jedoch, trotz mangelnden flächendeckenden Zustimmung zur gleichwertigen Beteiligung der Frauen, eine grundsätzliche Befürwortung der bloßen Mitarbeit von Frauen in der Politik gesehen werden.

Inwiefern sich die Wortwahl der Presse bei Berichten über die männlichen Abgeordneten genau unterscheidet, könnte nur eine weitere, ausführlichere Analyse klären, welche entsprechende The-

orien zur Sprache und der historischen Entwicklung gendernormativer Aspekte mit einschließt.¹²⁷ Zudem ist eine Aussage der Entwicklung der Berichterstattung über den untersuchten Zeitraum hinaus natürlich nicht möglich – es handelt sich um eine Momentaufnahme. Jedoch ist zu vermuten, dass eine Etablierung eines genderneutralen Blicks auf die Abgeordneten sich in der Presse in der Weimarer Zeit ebenso wenig durchsetzte wie die gleichwertige Beteiligung der Frauen in der Politik. Denn die Anzahl der Sitze, die weiblichen Abgeordneten im Reichsparlament zufiel, sank im Laufe der Jahre und reduzierte sich 1933 zunächst auf Null.¹²⁸

Desintegrativ erscheint rückblickend zudem die Abkapselung der Frauenrechtlerinnen und Politikerinnen durch ihre eigenen Frauenzeitschriften, zu denen sich in den 1920er Jahren zahlreiche Neugründungen gesellten.¹²⁹ Auf diese Weise spalteten sie sich größtenteils vom restlichen Pressespektrum ab. So wurde indirekt eine Trennung von vermeintlich nur für Frauen relevanten Themen von den anderen Medienprodukten gefördert, die teilweise noch bis heute nachwirkt.

127 Ein Beispiel für einen solchen Ansatz findet sich etwa im folgenden Sammelband: Hedwig Richter u. a. (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*. Hamburg 2018.

128 Siehe Kapitel 2.

129 Vgl. bspw. Streubel, *Radikale Nationalistinnen*, S. 153–173.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919, Band 326, Berlin 1920, via: reichstagsprotokolle.de.

Zeitungen

Berliner Börsen-Zeitung

Berliner Illustrierte-Zeitung

Berliner Lokal-Anzeiger

Berliner Tageblatt

Berliner Volks-Zeitung

B.Z. am Mittag

Deutsche Allgemeine-Zeitung

Freiheit

Germania

Neue Preußische Kreuz-Zeitung

Rote Fahne

Vorwärts

Vossische Zeitung

Literatur

Bock, Gisela, 100 Jahre Frauenwahlrecht. Deutschland in transnationaler Perspektive, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), S. 395–412.

Fulda, Bernhard, Press and politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.

Heinsohn, Kirsten, Parteien und Politik in Deutschland. Ein Vorschlag zur historischen Periodisierung aus geschlechterhistorischer Sicht, in: Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik, Bd. 16 - Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bonn 2016, S. 279–298.

Koszyk, Kurt, *Deutsche Presse 1914–1945 (Geschichte der deutschen Presse 3)*, Berlin 1972.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 100 Jahre Frauenwahlrecht. 12. November 1918. Geburtsstunde des Frauenwahlrechts, https://www.lpb-bw.de/12_november.html, abgerufen am 27.10.2019.

Lauterer, Heide-Marie, *Parlamentarierinnen in Deutschland. 1918/19–1945*, Königstein im Taunus 2002.

Mergel, Thomas, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Bd. 4 - Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135/*Parlament und Öffentlichkeit*, 3. überarbeitete Auflage, Düsseldorf 2012 [2002].

Requate, Jörg, *Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmer – Hearst, Northcliff, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 79–95.

Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018.

Rosenbusch, Ute, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*, Bd. 20 - *Schriften zur Gleichstellung der Frau*, Baden-Baden 1998.

Sneeringer, Julia, *Winning women's votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill/London 2002.

Stöber, Rudolf, *Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. überarbeitete Auflage, Konstanz/München 2014.

Streubel, Christiane, *Antidemokratische Konzepte politischer Teilhabe. Journalistinnen in der radikalnationalistischen Öffentlichkeit der Weimarer Republik*, in: Christine Hikel/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer (Hrsg.), *Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert*, Bd. 4 - *Zeitgeschichte im Gespräch*, München 2009, S. 41–51.

Dies., *Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik*, Bd. 55 - *Geschichte und Geschlechter*, Frankfurt am Main 2006.